Ausgabe
Februar 2016



DIE LINKE-IMPULSE

Zeitung des Kreisverbandes Märkisch-Oderland





Versammlungsrecht – Versammlungsunrecht, oder wer ist der Störenfried?

Muss polizeiliche Einsatztaktik Bilder liefern, auf denen der antirassistische und antifaschistische Protest eingezäunt, bewacht, gefilmt und als polizeiliches Gegenüber ins Abseits gestellt wird – angesichts zunehmender Gewalt gegen Flüchtlinge und Migranten, angesichts (Rechts-)Radikalisierung der Mitte? Protestierende werden von eingesetzten Beamtinnen und Beamten nach dem Motto behandelt: „Sie stören die Versammlung, die wir schützen müssen, und Sie haben hier nichts zu wollen." Währenddessen werden die Nazis fröhlich unter freundlicher Bewachung durch Einkaufsstraßen und Wohnviertel geführt. Was bewirken diese Bilder in den Köpfen (noch) Unbeteiligter? Regelungen des Versammlungsrechts liefern hierfür allenfalls ganz allgemeine Grundlagen, nicht aber die Details der konkreten Ausführung.

Darüber diskutierte der „verein alternativen denken" in Strausberg Anfang Januar. Warum macht ein der kulturellen und politischen Bildung verpflichteter Verein so etwas und debattiert über und mit der Polizei? Weil inzwischen drei ausländerfeindliche Aufmärsche in Strausberg dabei helfen, den öffentlichen Raum zu erobern und das öffentliche Klima und damit die Kultur des Zusammenlebens zum Negativen zu verändern. Unser Abend zeigte, dass solche Debatten dringend nötig sind.

Erfreulicherweise stieß die Veranstaltung nach einigem Zaudern schließlich bei Bürgermeisterin Elke Stadeler, bei dem Leiter der Polizeidirektion Ost, Olaf Fischer, dem Strausberger Polizeiführer, Sven Brandau, sowie beim Vertreter des Innenministeriums Bernd Kalthoff auf Interesse. Das Podium war mit Rechtsanwältin Katja Herrlich und Olaf Fischer prominent besetzt. Die Verständigung über Grundsätzliches wie verfassungsmäßige und rechtliche Vorgaben – von Anmelde- statt Genehmigungspflicht bis Erstanmelder sowie Hör- und Sichtweitevorgaben – waren dabei eher das kleinere Problem.

Niemand redete pauschalen Versammlungsverboten für Nazis und Rassisten das Wort. Gerade weil das Versammlungsrecht ein unverzichtbares Grundrecht bleiben soll. Ob diese Feststellung aber ausreicht, um die polizeiliche Praxis, das Einsatzverhalten und die polizeiliche Taktik zu rechtfertigen, blieb bis zum Schluss scharf kontrovers. Und ob wir uns, und dabei schließen wir auch die anwesenden Vertreter von Stadt und Polizei ein, rechtlich und politisch damit zufrieden geben müssen, dass derzeit vor allem Rassisten und Nazis von einer angeblich versammlungsfreundlichen und die Polizei beschränkenden „Uns-sind-die-Hände-gebunden"-Rechtsprechung profitieren, blieb ebenfalls heftig umstritten.

Eine von den Vertretern der Polizei vielfach wiederholte Argumentation soll Einsätze und Auftreten begründen: „Wir müssen auch rechte Versammlungen vor Störern schützen, und der Protest läuft letzten Endes immer auf **Blockaden** hinaus, und **Blockaden sind nicht erlaubt**, also **müssen** wir die Widerständigen im Zaum halten." Gerade hier verstecken sich aber hochproblematische polizeiliche Gefahrenprognosen und Lagebilder, politische Bewertungen und Klischees. Hier wird aber auch die politische Rolle der Polizei offensichtlich, die deren Vertreter an diesem Abend nicht annehmen wollten. Diesen Fragen dürfen wir nicht mit dem absolut richtigen Hinweis ausweichen, dass letzten Endes nur die Bürgerinnen und Bürger selbst die Kaperung des öffentlichen Raums durch die Ausländerfeinde und Rechtsextremisten verhindern können. Wir bleiben am Thema dran.



v.l.n.r.: Olaf Fischer, Albecht Maurer, Katja Herrlich

Kerstin Kaiser/Albrecht Maurer

Nutztierhaltung – wie weiter?

Als Anfang Januar noch nicht entschieden war, dass das Volksbegehren „Gegen Massentierhaltung im Land Brandenburg“ erfolgreich sein wird, hatte das Kommunalpolitische Forum Land Brandenburg e.V. zu einer Fachtagung in Müncheberg eingeladen. DIE LINKE unterstützte das Volksbegehren. Es müsse etwas gegen negative Entwicklungen in der Tierhaltung getan werden, die nichts mehr mit guter Landwirtschaft zu tun haben.



Dr. Kirsten Tackmann unterstrich, dass eine **regionale Versorgung** mit landwirtschaftlichen Produkten nötig sei. In den vergangenen Jahren wurden die Landwirte gedrängt, sich den globalen Märkten zu stellen. Die Folgen: Produktion über die Nachfrage hinaus bei tendenziell sinkender Agrarförderung sowie Dumpingpreise, mit denen die Landwirte kaum leben können. Darüber hinaus seien große Kapitalgesellschaften bedenklich, die zunehmend ganze Landwirtschaftsbetriebe aufkauften. Einen bescheidenen Fortschritt habe die Bundesregierung immerhin mit der Einschränkung des Baus von Stallanlagen im Außenbereich erreicht. Damit werde der rein gewerblichen Tierhaltung ein Riegel vorgeschoben. Vom Tisch sei der Bau riesiger Schweine- und Geflügelmastanlagen dennoch nicht. Tackmann plädierte dafür, dass nur so viel Nutztierhaltung zulässig werde, wie landwirtschaftliche Nutzflächen in der Region für die Futterproduktion und zur Verwertung des Wirtschaftsdüngers zur Verfügung stünden sowie der Umwelt- und Naturschutz Beachtung fänden. Sie halte nichts vom „Bruder-Schwester-Kampf“ zwischen konventionell und ökologisch wirtschaftenden Landwirten.



Dr. Kirsten Tackmann, *Agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE*

Thomas Domres betonte, dass sich der SPD-Koalitionspartner bislang sehr distanziert gegenüber **Veränderungen in der Agrarpolitik** zeige. Das Volksbegehren und das Drängen der LINKEN haben aber bereits Wirkung gezeigt. So sei die Förderfähigkeit von neuen Tierproduktionsanlagen eingeschränkt worden. Investitionen zur Verbesserung des Tierwohls in bestehenden Anlagen erscheinen denkbar.
Das Volksbegehren habe zu einer breiten Diskussion geführt.
Politiker, Landwirte und Endverbraucher sind sensibilisiert.



Thomas Domres, *Parlamentarischer Geschäftsführer der LINKEN im Landtag Brandenburg*

Dr. Werner Kratz vom Naturschutzbund Brandenburg e.V. verwies auf die riesige **Schweinemastanlage in Tornitz** in der Lausitz. Über 60000 Schweine werden hier in der touristisch attraktiven Landschaft gemästet und verursachten erhebliche Umweltschäden durch emittierende Aerosole und Stickstoffverbindungen. Umliegende Böden und Wälder seien nachweislich belastet. Der Umweltwissenschaftler kritisierte, dass Auflagen in der Baugenehmigung nicht eingehalten würden und das Land Brandenburg seiner Kontroll- und Durchsetzungspflicht nicht ausreichend nachkomme. Er verwies auf Gefahren der Anreicherung von Schwermetallen durch die Nutzung von konzentrierten Gärresten aus Biogasanlagen und forderte strengere gesetzliche Auflagen, wie sie z. B. für Klärschlämme gelten. Auch auf Antibiotika in der Tierhaltung und deren Folgeschäden machte er aufmerksam. Seine Darstellungen waren zum Teil fragwürdig und pauschalisierend, was berechtigt Kritik provozierte.

Michael Wimmer mahnte, dass die Deklaration subventionierten, massenhaften Exports von Agrarprodukten als Beitrag zur **Bekämpfung des Hungers in der Welt** ein Trugschluss sei. Hunger lasse sich nur vor Ort beseitigen. Er berichtet außerdem, dass das Entfernen von Schwänzen bei Schweinen in zahlreichen Ländern Europas längst verboten sei. In Deutschland werde dafür dringend ein Ausstiegsplan gebraucht.



Michael Wimmer, *Geschäftsführer der Fördergemeinschaft ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg e.V.*

Der **Geschäftsführer eines Agrarunternehmens** aus der Region Müncheberg mit etwa 700 Milchkühen und über 2.500 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche berichtete, er sei als „Massentierhalter“ auf einer „schwarzen Liste“ des Naturschutzbundes vermerkt. Seinen Tieren ginge es gut. Er möchte weiter investieren, damit es den Tieren noch besser gehe. Ohne staatliche Förderung wird dies schwer sein. Er berichtete, dass sein Betrieb neue Wege zur **Direktvermarktung** geht, indem zunächst im Dorf eine Milchtheke aufgebaut wurde und nun weitere in Berlin entstehen sollen.



Henrik Wendorff, *Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Märkisch-Oderland*

Henrik Wendorff verdeutlichte: Die Menschen möchten **tierische Produkte essen**. Tierproduktion bleibe somit ein wichtiger Bestandteil unserer Landwirtschaft. Die Tierdichte ist in unserem Land sehr gering. Mehr Tierhaltung täte dem Land gut. Damit meinte er nicht den Bau von Megaställen, die bräuchten wir nicht.



Dr. Dietmar Barkusky, *Müncheberg*

Die von Henrik Wendorff getroffene Aussage ist heute nicht populär. Doch Gründe für eine sinnvolle Ausweitung der Tierhaltung, integriert in den landwirtschaftlichen Produktionsprozess eines Betriebes, gibt es durchaus. Die Nutztierhaltung ist in Brandenburg gegenüber 1991 stark zurückgegangen, bei Rindern um 27 Prozent und bei Schweinen um 22 Prozent. Die Rinderhaltung stagniert auf niedrigem Niveau. Gewerbliche Schweine- und Geflügelhaltung nehmen seit den letzten Jahren wieder zu. Dennoch lag nach Darstellungen des Landwirtschaftsministeriums Brandenburg 2012 die Selbstversorgung mit Schweinefleisch bei nur 36 →

Hoffnungszeichen aus Lissabon

Zum 41. **Neuenhagener Gespräch** vermittelte uns der Journalist Peter Steinigereinen Einblick in die Lage der Linken nach den Wahlen in Portugal und Spanien. In Portugal hat die Minderheitsregierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten António Costa bereits einige Korrekturen an der durch EU-Kommission und IWF aufgezwungenen Sparpolitik vorgenommen: Mindestlohn und Renten werden erhöht, auch die Wiedereinführung der 35-Stunden-Woche steht zur Debatte. Die Minderheitsregierung wird von der KP und anderen Linksparteien unterstützt. Für Portugal „ein historisches Ereignis“, so Steiniger, „mit dem die wenigsten gerechnet haben“. Steiniger, der während der Nelken-Revolution einen Teil seiner Kindheit in Portugal verbrachte, hob hervor, dass sich viele Portugiesen immer noch mit großer Wertschätzung an die solidarische Hilfe aus der DDR, z. B. für die Agrar-Kooperativen im Süden des Landes, erinnern.

Wegen der krachenden Wahlniederlage der konservativen Volkspartei und der Protestbewegung gegen die Kürzungspolitik gleiche die Lage in Spanien zwar äußerlich der in Portugal. Ein historisches Linksbündnis sei dort derzeit jedoch nicht in Sicht. Zum einen, weil sich die sozialdemokratische PSOE nicht wirklich vom Sozialabbau abwenden will, und zum anderen, weil sich die aus der Protestbewegung hervorgegangene Podemos bislang nicht als linke Partei verstehen mag. Insbesondere ihr Generalsekretär Pablo Iglesias lehnt ein Wahlbündnis mit der spanischen Vereinigten Linken (IU) ab, was Podemos letztendlich zahlreiche Mandate kostete. Die Podemos-Verbände von Madrid, Katalonien und Galicien sind gegen diesen Abgrenzungskurs und stellten gemeinsame Wahllisten mit der IU auf. Trotz der zahlreichen Korruptionsaffären und der verheerenden sozialen Folgen des Sozialabbaus könne sich der amtierende rechte Ministerpräsident Rajoy immer noch auf einen beträchtlichen Rückhalt stützen, so Steiniger, ist aber ohne eine große Koalition mit der sich sträubenden PSOE nicht mehr in der Lage, eine Regierungsmehrheit zu erreichen.

Marian Krüger
Referent in der Fraktion
DIE LINKE im Bundestag



Pflege im Quartier

77 Prozent der pflegebedürftigen Menschen im Land Brandenburg werden zu Hause von Angehörigen und/oder von ambulanten Pflegediensten versorgt. Der Handlungsdruck in der Pflege ist in unserem Land besonders groß. Durch die zunehmend älter werdende Bevölkerung – die Zahl der über 80-jährigen wird zwischen 2012 und 2030 von etwa 120000 auf fast 250000 steigen. Damit ist mit einer Zunahme von Pflegebedürftigen um 70 Prozent, auf etwa 162000 zu rechnen, davon 87000 Demenzerkrankte.

Angesichts dieser Entwicklung gab unsere Sozialministerin, Diana Golze, am 1. Oktober 2015, dem Weltseniorentag, den Startschuss für die im Koalitionsvertrag vereinbarte und am 17. Dezember 2014 im Landtag Brandenburg beschlossene Pflegeoffensive „Pflege im Quartier“.

Kommunen und freie Träger sollen gefördert werden:

1. Auf- und Ausbau von Betreuungs- und Entlastungsangeboten,
2. Unterstützung von altengerechten Lebensräumen – Altwerden und Pflege im Quartier,
3. Beratung für altersgerechte Wohnangebote (Wohnen und technische Hilfen im Alter),
4. Entwicklung neuer Wohnformen für ältere Menschen und Pflegebedürftige,
5. Schaffung lokaler Pflegestrukturen.

Die Fachberatung soll durch die Zusammenarbeit von Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V., der Alzheimer-Gesellschaft Brandenburg e. V. und dem Berliner Institut für Gerontologische Forschung e. V. umgesetzt werden. Geplant ist die Einrichtung einer zentralen Geschäftsstelle in Potsdam sowie von vier dezentralen Fachstellen.

Die Kommunalpolitiker der Landkreise, Städte und Gemeinden sind gefordert, Bündnisse mit der Zivilgesellschaft zu schließen, Fördermaßnahmen des Landes abzurufen und aktiv einzusetzen. Ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen muss für die Betroffenen geknüpft werden, um sie über ihre Rechte zu informieren und bei der Antragstellung zu unterstützen. Die bisher neunzehn Pflegestützpunkte sind für unser Flächenland eindeutig zu wenig.

Klaus Körner



Klaus Körner war langjähriges Mitglied des Landes-Pflegeausschusses, des Landesbehindertenbeirates, der Arbeitsgruppe Behindertenhilfe der LIGA der freien Wohlfahrtspflege und der Arbeitsgemeinschaft kommunaler Behindertenbeauftragter

Gedenken in Kienitz

Für die Letschiner LINKEN ist es eine Tradition, am 31. Januar des Tages zu gedenken, an dem Vorausabteilungen der Roten Armee 1945 ihren ersten Brückenkopf auf dem Westufer der Oder in Kienitz errichteten. Seit 1970 erinnert daran das Panzerdenkmal in der Ortsmitte, ein originaler Panzer T34. Gemeinsam mit Einwohnern und Gästen gedenken die Genossinnen und Genossen hier





alljährlich der bei der Befreiung vom Faschismus gefallenen sowjetischen Soldaten sowie der vielen Opfer unter deutschen Soldaten und der Zivilbevölkerung.

Stephan Schoenemann

Prozent, bei Milch und Eiern bei knapp 70 Prozent. Demgegenüber ist bei Geflügelfleisch der Eigenversorgungsgrad mit 88 Prozent vergleichsweise hoch. Könnten wir die Selbstversorgung mit tierischen Produkten durch Stärkung der regionalen Vermarktung verbessern, wären so manche Probleme beseitigt. Dies lässt sich aber nicht so einfach und schon gar nicht kurzfristig erreichen. Letztlich geht es darum, nachhaltig sichere Lebensmittel umwelt- und tiergerecht zu fairen und bezahlbaren Preisen zu produzieren. Der Landwirt muss von seiner Arbeit gut leben können. Für den Endverbraucher müssen die Lebensmittel bezahlbar bleiben. Und nicht zuletzt wollen die Bewohner in den Dörfern und die Touristen, die sich in unserer märkischen Landschaft erholen wollen, ungestört und im Einvernehmen mit der Landwirtschaft, die unsere Landschaft prägt, leben können.

Dr. Dietmar Barkusky

Bürgerbüros

Thomas Nord (MdB)
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Do. 14-18 Uhr
thomas.nord@bundestag.de
www.thomas-nord.de

Kerstin Kaiser (MdL)
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Fax: (0 33 41) 31 47 75
Mo.–Do. 9–16 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 34 66
www.dielinke-frw.de
Öffnungszeiten:
Di. 9 –12 Uhr

Strausberg
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr
e-mail: info@dielinke-mol.de

LinksTreff

LinksTreff Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
e-mail: info@dielinke-seelow.de
www.dielinke-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P. : Bettina Fortunato
Tel. 0 33 41-31 17 96
E-Mail : impulse@dielinke-mol.de
Redaktion : Renate Adolph
Layout u. Satz : Fortunato Werbung
www.fortunato-werbung.de
Fotos/ Grafik : DIE LINKE. MOL, privat



Uwe Klett verabschiedete sich aus dem Kreis linker Bürgermeister

v.l.n.r. André Stahl, Bernau, Ute Hustig, Nuthetal, Uwe Klett, Fredersdorf-Vogelsdorf, Uta Barkusky, Müncheberg, Karsten Knobbe, Hoppegarten

Foto: A. Fortunato

Aschermittwoch in Petershagen mit Spitzen-Programm





Beim traditionellen 11. Aschermittwoch in Petershagen begeisterten die Stammredner Dr. Hagen Kattner, mit gut recherchierter Moderation, Dieter Schäfer als optisch zerstreuter Professor vom Institut für „Aschermittwochspolitiologie“, Erika & Manne Schulz mit sinnigen Sprüchen und Liedern von Tucholsky, Wilfried Hertel, der U-Bahner im Vorruhestand auf Abwegen sowie Kerstin Kaiser, direkt aus Moskau eingeflogen, mit tief gehenden ironischen Sätzen über Politik und die Welt. Kerstin wurde für ihre langjährige, gute und erfolgreiche Zusammenarbeit ein großes Dankeschön in Form eines Präsentkorbes mit regionalen Produkten überreicht. Durch ihren Weggang geht eine Ära zu Ende. Für ihre neuen Aufgaben wünschten ihr alle viel Erfolg.
Jubelnden Applaus erhielten auch die Stargäste von den Oderhähnen Dagmar Gelbke und Margit Meller. Danke auch den Organisatoren im Hintergrund für die Vorbereitung und die Bewirtung an diesem gelungenen Abend.

Wilfried Hertel

Redaktionsschluss
für die nächsten Impulse
ist am **8. März 2016**



DIE LINKE MOL
lädt herzlich ein zum

Internationalen Frauentag

Sonntag, 6. März, 14.30 Uhr, mit dem politischen Kabarettisten Gunnar Schade, Vereinshaus der Gartenfreunde Hönow, Thälmannstraße 21,
15366 Hoppegarten

Dienstag, 8. März, 18 Uhr, Haus der Senioren, Hauptstraße 78,
15366 **Neuenhagen**

Samstag, 12. März, 15 Uhr, Haus Bötzsee, Altlandsberger Chaussee 84,
15345 **Petershagen/Eggersdorf**